

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
217 · Ausgabe CH · März 2025
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Unsere Antwort: Gemeinsamer Widerstand

SP QUEER: HOFFNUNG SCHAFFEN

Das neue Co-Präsidium der SP queer erklärt, weshalb besonders queere Menschen im Visier der Rechtspopulisten sind. Seite 13

PFLEGE-INITIATIVE: UMSETZUNG DAUERT

Der Film «Die Heldin» zeigt einmal mehr, wie dringend die Umsetzung der Pflege-Initiative ist. Seite 17

Liebe Leserin, lieber Leser, alle dazwischen und darüber hinaus



Den meisten von uns geht es dann gut, wenn wir in Beziehung zu anderen Menschen stehen, uns aufgehoben und geschätzt fühlen – oder gar geliebt. Dann ist vieles erträglich, was sonst kaum auszuhalten ist. Zum Beispiel die derzeitige Weltlage, die viele verzweifeln lässt. In Gesprächen und an Zusammenkünften entstehen Inseln der Hoffnung, die den gemeinsamen, solidarischen Widerstand gegen den Neofaschismus überhaupt möglich machen.

Angst und Verzweiflung lähmen uns. Angst setzt im Gehirn biochemische Prozesse in Gang, die um ein Vielfaches wirkungsmächtiger sind als positive Gefühle, wie die Forschung belegt. Dieser Mechanismus lässt sich nicht willentlich steuern. Wir können jedoch alles daransetzen, dass die Angst uns nicht ohnmächtig in die Ecke drängt: Indem wir Räume schaffen, in denen wir uns freundlich begegnen und stärken, um gemeinsam Widerstand zu leisten.

Ganz konkret hilft es, Medien mit Bedacht zu konsumieren. Denn ein Merkmal der autokratischen, ja neofaschistischen Riege von Washington bis Moskau besteht darin, in ungeheurem Tempo Lügen und Fake News zu verbreiten. Nichts ist absehbar. Es entsteht das Gefühl, dass Willkür regiert und es aussichtslos ist, Behauptungen richtigzustellen. Im schlimmsten Fall beginnt man, seiner eigenen Wahrnehmung zu misstrauen. Das ist so gewollt. Verunsicherung ist Teil des autokratischen Programms. Darum: Schenke dein Vertrauen Medien, bei denen Faktenchecks Teil des Alltags sind. Zudem findest du in unserem Online-Magazin «Direkt» regelmässig Artikel, die die Welt aus sozialdemokratischer Sicht beleuchten.

In der vorliegenden «Links»-Ausgabe ordnen Mattea Meyer und Cédric Wermuth ab Seite 4 die internationale Entwicklung ein und zeigen, wie wichtig die internationale Solidarität ist.

Schaffen wir Hoffnung!

Mit solidarischen Grüssen
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **Unsere Antwort: Gemeinsamer Widerstand**
Putin und Trump im Paarlauf – und wie wir uns wehren
- 6 **Internationale Solidarität mit der Ukraine**
Drei SP-Leute besuchten die Ukraine und die Sozialdemokratische Plattform
- 7 **Historische Wende in der Türkei?**
Ob dem Friedensabkommen zwischen Erdogan und der PKK zu trauen ist, ist alles andere als klar
- 8 **Nobelpreisträger Jacques Dubochet im Interview zur Atomwaffenverbots-Initiative**
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **«Ohne Hoffnung gibt es keine bessere Zukunft»**
Das künftige Co-Präsidium der SP queer stellt sich vor
- 14 **Im Kino: Die Heldin**
Der Film zeigt, wie dringend nötig die Umsetzung der Pflegeinitiative ist
- 16 **Kochen fürs Klima: Essen, das die Seele wärmt**
Kevin Nussbaum zeigt, wie klimafreundlicher Soul-Food geht
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Daniele Dalle Carbonare, 33, Lehrer aus Bern**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**
- 20 **Bildungsangebote der SP Schweiz**



23. November 2024: In Bern fordern Tausende ein Ende der Gewalt an Frauen.

Internationaler Tag der Frau: Stalking, Catcalling, Femizid

Gerade in Zeiten des weltweiten rechts-konservativen Backlashs ist es zentral, für die Rechte und den Schutz von Frauen einzustehen. Das Parlament macht zwar im Bereich Stalking Fortschritte, doch der Opferschutz hat einen schweren Stand. Bereits acht Frauen wurden allein in diesem Jahr von Männern ermordet. «Diese Gewalt gegen Frauen entsteht nicht im luftleeren Raum. Das Fundament dafür bildet die patriarchale Gesellschaftsstruktur», sagte Nationalrätin Tamara Funicello am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau. «Das macht mich unendlich wütend! Wie viele Frauen müssen denn noch sterben, bis der Bundesrat endlich handelt?» Deshalb haben die SP-Frauen gemeinsam mit über 90 Organisationen eine Petition gestartet. Die Forderung: 350 Millionen Franken für die Sicherheit von Frauen. 5 Rappen für jeden Franken, der vom Bund für Sicherheit ausgegeben wird, soll in die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, häuslicher und sexualisierter Gewalt fließen. Die Gewaltspirale gegen Frauen, deren letzte Eskalationsstufe der Femizid ist, umfasst viele Taten: Sie beginnt bei ver-

baler, sexueller Belästigung auf der Strasse («Catcalling») oder Stalking. Sich gegen diese Formen der Gewalt zu wehren, ist sehr schwierig. Vor sechs Jahren hat die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das Strafgesetzbuch mit dem Tatbestand «Stalking» ergänzen will. In der laufenden Frühlingssession wird die Vorlage nun fertig beraten. Wird die Initiative in der Schlussabstimmung angenommen, könnten Stalker:innen künftig mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug oder einer Geldstrafe bestraft werden. Die SP wird im Parlament alles geben, damit Stalking endlich als Straftatbestand anerkannt wird. Unterschreibe jetzt die Petition und fordere mit uns, dass der Bundesrat endlich handelt, damit Frauen konsequenter geschützt werden und Prävention endlich ernst genommen wird. Jede Unterschrift zählt.

→ www.spschweiz.ch/femizide



Roger Nordmann tritt zurück



Zu Beginn der Frühlingssession kündigte Roger Nordmann an, auf Ende Session zurückzutreten. «Ich fühle eine Abnutzungserscheinung, die nach mehr als zwanzig Jahren unvermeidlich ist», begründete er den Entscheid. Mit Roger Nordmann verliert die SP-Fraktion ein politisches Schwergewicht. Er gilt als einer der einflussreichsten Politiker unter der Bundeshauskuppel, der es immer wieder schafft, über alle politischen Gräben hinweg Allianzen und Kompromisse zu schmieden – zuletzt für die Rettung von Stahl Gerlafingen. Acht Jahre lang präsidierte Roger Nordmann die Bundeshausfraktion, prägte die Energiewende und war zuletzt Mitglied der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Credit Suisse. Ein Aus- und Rückblick mit Roger Nordmann erscheint in der nächsten Links-Ausgabe. Eines ist jetzt schon klar: @Roger – wir werden dich vermissen!



Nachfolger von Roger Nordmann wird Gewerkschafter Benoît Gaillard. Er ist seit 2011 Mitglied des Stadtparlaments von Lausanne.



Gemeinsam Neofaschismus stopp

Wie Mafiapaten: US-Vizepräsident JD Vance und US-Präsident Donald Trump führen Wolodimir Selenski der Weltöffentlichkeit vor.

Trump macht gemeinsame Sache mit Putin, untergräbt in rasantem Tempo die Demokratie und droht Ländern mit militärischer Gewalt: Unsere freiheitlich-demokratischen Prinzipien sind massiv unter Druck. Wir zeigen Haltung und leisten Widerstand gegen eine Politik, in der rücksichtslos die Macht des Stärkeren durchgesetzt wird.



Mattea Meyer, Nationalrätin
und Co-Präsidentin



Cédric Wermuth, Nationalrat
und Co-Präsident

Vor zwei Wochen wurde die Welt Zeuge davon, mit welcher unberechenbaren und gnadenloser Brutalität US-Präsident Donald Trump und sein Vize JD Vance ihre Politik der Macht des Stärkeren durchzusetzen bereit sind. In einer beispiellosen Attacke griffen sie vor den Augen der Weltöffentlichkeit den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski an und machten das Opfer zum Täter.

Spätestens in diesem Moment wurde uns allen klar, dass die Trump-Regierung die Errungenschaften der freien und demokratischen Welt brutal niederwalzen will. Seit seinem Amtsantritt droht

der US-Präsident befreundeten Staaten mit militärischer Gewalt, stoppt die Entwicklungszusammenarbeit, stellt sich an die Seite Putins, zettelt Handelskriege an, zerstört mit gezielten Fake-News-Kampagnen die Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens, sprengt etablierte Institutionen und greift Grundrechte an.

Profitgier: Die Tech-Oligarchen an Trumps Seite

Donald Trump agiert nicht allein. Mit den milliarden schweren Tech-Oligarchen an seiner Seite verfolgt er ein klares Ziel: Alles aus dem Weg

zu räumen, was seinen Allmachtsphantasien und seiner grenzenlosen Profitgier im Wege steht. Angefangen bei demokratischen und rechtlichen Grundregeln: Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umweltstandards, soziale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit. Das Ziel der Autokraten: Alle Macht in die Hände einer kleinen Gruppe von Reichen zu legen, um noch reicher zu werden.

Mit Entsetzen verfolgen wir, wie Trump und seine Gefolgsleute tagtäglich die Verfassung der Vereinigten Staaten und die Grundrechte massiv verletzen. Solche Verstöße sind in einer Demokratie nicht normal und dürfen es niemals werden!

Was in den USA und in Russland geschieht, können wir nicht beeinflussen. Aber wir sind nicht zur Ohnmacht verdammt. Gemeinsam können und müssen wir Demokra-



en

tie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

Der Bundesrat muss Stellung beziehen

Im Parlament haben wir den Bundesrat aufgefordert, endlich Haltung zu zeigen. Ganz Europa hat sich nach den Szenen im Weissen Haus ohne Wenn und Aber hinter Wladimir Selenski gestellt. Nicht so die Schweiz: Hier, mit FDP-Bundesrätin Keller-Sutter, eine Bundespräsidentin, die als Einzige eine unerträgliche Rede des US-Vizepräsidenten JD Vance verharmlost und lobt, um sich bei der Trump-Administration anzubiedern. Dort ein Aussendepartement, das positive Worte für den Unterwerfungsplan findet, den Trump mit Putin schmiedet. Und dazu noch ein Gesamtbundesrat, der schweigt, wenn Trump den

ukrainischen Präsidenten vorführt, verhöhnt und zum Täter macht.

Es ist zu befürchten, dass das autokratische Gehabe, die Willkür und die Lügen der Trump-Regierung – Hand in Hand mit Wladimir Putin – die Rechtspopulisten und Neofaschisten in Europa stärken. Auch deshalb sind Kuschelkurs und Anbiederung, wie sie der Bundesrat betreibt, grundfalsch.

Wir haben uns im Parlament dafür eingesetzt, dass sich die Schweiz für die Einheit und nicht für die Spaltung entscheidet. Gemeinsam mit allen anderen Parteien ausser der SVP haben wir den Bundesrat nachdrücklich aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Schweiz in Europa eine aktivere Rolle wahrnimmt.

Ein stabiles Europa, das nach klaren Regeln funktioniert, ist die Grundvoraussetzung für nachhalti-

gen Frieden und Demokratie auf dem ganzen Kontinent. Dazu muss die Schweiz ihren angemessenen Beitrag leisten – in allen europäischen Institutionen, an denen sie beteiligt ist.

Inseln der Hoffnung schaffen

In Zeiten, in denen autoritäre Kräfte weltweit an Einfluss gewinnen und Demokratien unter Druck geraten, braucht es Menschen, die Haltung zeigen. In diesen Momenten ist es wichtiger denn je, dieser antidemokratischen, anti-freiheitlichen und – nennen wir es beim Namen – neofaschistischen Politik mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Verteidigen wir unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat!

Was für Europa gilt, gilt auch für uns: Als Einzelne sind wir schwach und ohnmächtig. Aber solidarisch und gemeinsam sind wir stark. Indem wir uns mit anderen vernetzen, schaffen wir Gemeinschaft und Räume, in denen Ideen und Mut gedeihen können. So entstehen Inseln der Hoffnung. Und Hoffnung lässt uns kämpfen. Verzweiflung und Angst hingegen lähmen uns. Sie dürfen nicht die Oberhand gewinnen!

Nutzen wir deshalb die Gelegenheiten, die sich für solidarisches Handeln bieten. Tauschen wir uns mit Gleichgesinnten aus. Zeigen wir Haltung. Wehren wir uns im Alltag gegen den allgemeinen Rechtsruck und stellen wir Lügen und Fake News richtig. Das alles geht nur Schritt für Schritt. Aber es geht.

Denn auch in diesen dunklen Zeiten sind wir Teil einer solidarischen Bewegung, die an freiheitliche Werte, demokratische Prinzipien und grundlegende Menschenrechte glaubt und diese standhaft verteidigt. Leisten wir Widerstand!

HALTUNG ZEIGEN

In Zeiten, in denen autoritäre Kräfte weltweit an Einfluss gewinnen und Demokratien unter Druck geraten, braucht es Menschen, die Haltung zeigen. Vernetze dich in deiner Sektion, in den Kollektiven deiner Region oder ganz einfach mit deinen Nachbar:innen. Auch an einer SP-Veranstaltung können Räume für Ideen, Hoffnung und Aktionen geschaffen werden.

Unsere Angebote findest du auf den Seiten 19 und 20.



2023, zum ersten Jahrestag der Befreiung von Butcha, gedachten die Menschen mit Kerzen der Hunderte von Opfern.

Solidarität mit der Ukraine und der Sozialdemokratischen Plattform

Wie können wir uns in diesen Zeiten gegen Krieg und Faschismus wehren? Indem wir zusammenstehen und solidarisch sind. Cédric Wermuth, Fabian Molina und Farah Rummy reisten Mitte Februar nach Kyjiw, um die Ukraine und unsere Schwesterpartei, die Sozialdemokratische Plattform, unserer Freundschaft und Solidarität zu versichern.

Weisst du, wie es ist, wenn die Leiche deiner Schwester wochenlang vor deiner Haustüre liegt? Ich kann es mir nicht vorstellen. Aber ich habe in Butcha in der Ukraine mit Menschen gesprochen, die genau das erlebt haben. Ihre Geschichten sind fast nicht auszuhalten.

Wir durften im Rahmen einer dreitägigen Reise in diesem kleinen Vorort von Kyjiw mit Opfern der grauenhaften Massaker der russischen Armee sprechen. Wir, das sind Farah Rummy (Nationalrätin aus Solothurn), Fabian Molina (Nationalrat aus Zürich) und ich. Gemeinsam haben wir zwischen dem 12. und 16. Februar 2025 drei Tage in Kyjiw verbracht. Der Auf-



Cédric Wermuth, Nationalrat und Co-Präsident

enthalt hat bleibende Eindrücke hinterlassen.

Bereits die Anreise verlief anders als gewohnt. An der polnisch-ukrainischen Grenze stiegen wir in den Nachtzug um. Doch an Schlaf war kaum zu denken. Dreimal wurden unsere Pässe kontrolliert, bevor wir in der Hauptstadt ankamen. Das änderte sich auch dort nur wenig. Zweimal pro Nacht weckte uns im Hotel der Drohnenalarm. Dann galt es, schnell fünf Stockwerke runter in den Bunker zu rennen, bis Entwarnung gegeben wurde. Zwar kommen russische Drohnen oder Raketen derzeit nur vereinzelt durch den Schutzschild der Ukraine, aber die regelmässigen Unterbrechungen der

Nachruhe sind offensichtlich Teil der Terrorstrategie des Kremls.

Sozialdemokratie: Von allen Seiten unter Druck

Hauptziel unserer Reise war ein Solidaritätsbesuch bei den Genoss:innen der Sozialdemokratischen Plattform (SD-Plattform) in der Ukraine. Die ukrainische Linke steht vor einer dreifachen Herausforderung:

Erstens ist da natürlich der Krieg. Vieles muss im Interesse der Landesverteidigung auf später verschoben werden. Und der Krieg hat eine militarisierende Wirkung auf die Gesellschaft. Militärisches Denken dominiert inzwischen viele Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Das macht progressive Politik noch schwieriger.

Zweitens hat die SD-Plattform bereits vor dem Krieg gegen die erdrückende Macht der Oligarchen und die neoliberale Politik der Regierung ge-

kämpft. Letztere hat den Krieg leider auch genutzt, um das Arbeitsrecht zu verschlechtern. Oligarchen und westliches Kapital drängen auf Privatisierungen und Erleichterungen für Investitionen. Gleichzeitig führt der Krieg zu einem grösseren Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit. Viele der zehntausende Kriegsversehrten und ihre Familien wollen nicht akzeptieren, dass sich ihr Kampf für die Ukraine nicht in einer besseren Lebenssituation niederschlägt.

Drittens wird die SD-Plattform ständig von ihren politischen Gegner:innen diffamiert. Alles «Linke» wird mit der verhassten sowjetischen Vergangenheit in Verbindung gebracht. Nur langsam gelingt es der SD-Plattform, glaubwürdige Positionen in der innerukrainischen Debatte zu erarbeiten. Bei dieser dreifachen Herausforderung will die SP Schweiz die SD-Plattform unterstützen, weshalb wir vor Ort ein Kooperationsabkommen unterzeichnet haben. In Zukunft wollen wir vermehrt für Veranstaltungen und Bildungsangebote zusammenarbeiten.

Die neue Weltordnung

Mitten in unseren Besuch platzten der irre Auftritt des US-Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz sowie die ersten verbalen Angriffe von Donald Trump auf den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski und die Ukraine. Kurz nach unserer Rückkehr machte die amerikanische Regierung dann klar, was ihr Plan ist: Ein Abkommen mit Russland, das die Ukraine dauerhaft in eine Kolonie des US-Imperialismus im Westen und des russischen Imperialismus im Osten spalten würde. Trump setzt damit um, was er und Putin unter einer neuen Weltordnung verstehen: Eine Welt, aufgeteilt in imperiale Einflussphären, die sich gegenseitig nicht mit lästigen Hinweisen auf Menschenrechte oder Umweltstandards das Leben schwer machen.

Die Aussicht auf einen solchen Diktatfrieden war vor Ort *das* Thema, wenn wir mit NGOs, Parlamentarier:innen, Parteimitgliedern oder Vertreter:innen der Schweizer Botschaft sprachen. Wie es nun weitergehen soll, darüber gibt es unter den Ukrainer:innen ebenso unterschiedliche Ansichten wie anderswo. Einig sind sich jedoch alle in der Ablehnung eines ungerechten Friedens zu den Bedingungen Moskaus.

Historische Wende in der Türkei?

Internationale Solidarität konkret: Vertreter:innen der SP reisten im Januar in die Türkei und stärkten die Kontakte mit den dortigen Schwesterparteien. Ist dem Friedensabkommen Erdogans mit der PKK zu trauen?

Sinem Gökçen, Co-Präsidentin SP Migrant:innen

Es war ein historischer Tag: Am 27. Februar 2025 rief der inhaftierte Gründer der verbotenen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, die Organisation zur Selbstauflösung auf und forderte die Niederlegung der Waffen. Eine Wende, die kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Erste Anzeichen gab es Ende letzten Jahres: Devlet Bahçeli, Vorsitzender der rechtsextremen MHP und bislang einer der schärfsten Gegner eines Friedensprozesses, äusserte sich plötzlich offener. Seine Rhetorik wandelte sich. Umdenken bei den Ultranationalisten? Oder taktisches Kalkül von Erdogans Regime?

Zwischen Aufbruch und Misstrauen

Im Januar 2025 reisten wir als Delegation der SP Schweiz – bestehend aus den Nationalräten Jon Pult und Fabian Molina sowie mir – in die Türkei. Ziel unserer Reise war der Austausch mit unseren Schwesterparteien DEM und CHP sowie mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO), um uns aus erster Hand über die aktuellen politischen Entwicklungen zu informieren.

Durch die Geschehnisse der letzten Monate hatte sich die politische Dynamik im Land bereits vor unserer Reise verändert – und damit auch die Haltung der verschiedenen Akteure. In Ankara und Diyarbakir beziehungsweise Amed, wie die Stadt auf Kurdisch heisst, trafen wir Vertreter:innen der CHP und der DEM. Die DEM forderte klar eine umfassende Demokratisierung – einschliesslich der Freilassung politischer Gefangener, der Stärkung der kurdischen Selbstverwaltung und des Schutzes von Minderheiten – und betonte die Macht von PKK-Chef Öcalan.



Die Nationalräte Fabian Molina (2. v. l.) und Jon Pult (2. v. r.) sprachen auch mit unabhängigen Medienschaffenden, die sich für die Pressefreiheit einsetzen.

Die CHP hingegen verhielt sich zurückhaltend. Das Misstrauen gegenüber der Regierung Erdogan war spürbar und es wurde deutlich, dass die CHP nicht daran glaubt, dass Erdogan wirklich auf Frieden setzt.

Repression nimmt zu

Unsere Gespräche mit Gewerkschaften und NGOs haben die Dimension der Krisen im Land deutlich gemacht: Die Inflation in der Türkei ist rasant gestiegen, die Kaufkraft der Menschen sinkt. Vor allem in den kurdischen Gebieten im Osten des Landes leiden die Menschen doppelt – einerseits unter der wirtschaftlichen Not, andererseits unter der Repression der Regierung: Die Zustände in den Gefängnissen sind unhaltbar, Prozesse sind politisch motiviert, Gewalt gegen Frauen nimmt zu und die Medienfreiheit wurde massiv eingeschränkt.

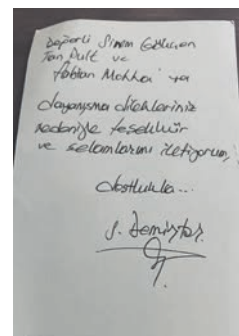
Die Berichte machten eines deutlich: Während die Regierung in Ankara öffentlich von Frieden spricht, nimmt die Repression gegen Kurd:innen und andere kritische Stimmen kein Ende. Auch wurden in den letzten Monaten immer wieder Zwangsverwalter anstelle demokratisch gewählter Bürgermeister eingesetzt.

Ein doppeltes Spiel

Handelt es sich um einen Friedensprozess oder um geopolitisches Kalkül? Unserer Meinung nach spielt Erdogan ein doppeltes Spiel. Einerseits will er als jener Staatsmann in die Geschichte eingehen, der den jahrzehntelangen Kurdenkonflikt beendet hat. Andererseits könnte ihm dieser Schritt die nötige Rückendeckung geben, um seine politische Zukunft durch eine

Verfassungsänderung zu sichern.

Klar ist: Echter, dauerhafter Frieden kann nur durch die Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit entstehen. Alles andere bleibt taktisches Manövrieren.



Dankesnotiz nach dem Austausch mit Selahattin Demirtaş, dem wichtigsten Gegenspieler Erdogans.

**Jetzt
Atomwaffen-
verbots-Initiative
unterschreiben!**

**Unterschriftenkarte
in der Heftmitte**

«Ja oder nein zu Atomwaffen? Ich sage Nein!»

Die Schweizer Armee übt 1956 im Berner Oberland mit einer Atombomben-Attrappe den Krieg.

Warum soll die Schweiz dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten? Nobelpreisträger Jacques Dubochet findet klare Worte. Er ist Mitglied des Initiativkomitees, das die Atomwaffenverbots-Initiative lanciert hat. Die SP unterstützt das Volksbegehren.

Warum braucht es den Atomwaffenverbotsvertrag?

Jacques Dubochet: Die Gefahr einer atomaren Konfrontation ist sehr real. Gemäss dem «Bulletin of the Atomic Scientists» ist es 89 Sekunden vor Mitternacht – die Gefahr ist grösser denn je. Mit Trump und Putin ist die Situation extrem gefährlich. Deshalb ist es für uns alle entscheidend, jetzt für ein Atomwaffenverbot einzutreten. Es ist höchste Zeit, dass der Bundesrat diesen Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterschreibt.



Jacques Dubochet, Schweizer Nobelpreisträger und Mitglied des Initiativkomitees

Putin hat die atomare Abschreckung auch in Europa wieder auf die Agenda gesetzt. Ist ein Verbot überhaupt denkbar?

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in Kraft. Aber die Nuklearmächte haben ihn nicht unterzeichnet. Deshalb hat er, wie andere internationale Verträge auch, nur eine relative Wirkung. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass internationale Verträge wichtig sind, auch wenn sie nicht die Bedeutung haben, die man sich wünschen würde. Diesen Vertrag zu unterzeichnen ist das Mindeste, was die Schweiz tun kann. Es gibt da

nicht viel zu diskutieren. Ja oder nein zu Atomwaffen? Ich sage Nein!

Kann die atomare Bedrohung durch einen Vertrag verringert werden?

Niemand hat einen Zauberstab, um Trump oder Putin zu beeinflussen. Aber ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Schweizer Regierung diesen Vertrag nicht längst unterzeichnet hat. Das macht mich wirklich wütend. Ist es Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit oder Dummheit?

Sie engagieren sich seit langem für Klima- und Umweltfragen. Warum setzen Sie sich jetzt für den Atomwaffenverbotsvertrag ein?

Als Doktorand in Basel war ich an der Gründung einer Zeitung beteiligt, deren Ziel es war, gegen die Atomindustrie und Atomwaffen zu kämpfen. Das war etwa 1975. Ich engagiere mich also nicht erst seit gestern für dieses Thema.

Nach Jahren der Abrüstung wird jetzt weltweit massiv aufgerüstet.

Wir sollten die Militärausgaben nicht erhöhen. Stattdessen sollten wir das Geld in bessere Beziehungen und soziales Engagement stecken.

Die Schweiz könnte hier eine Rolle spielen, aber sie tut es nicht – so wie sie diesen Vertrag nicht unterzeichnet. Das Geld, das in die Armee gesteckt wird, fehlt anderswo. Es wäre besser für die Stellung der Schweiz in der Welt und auch gegen innen, wenn weniger in die Armee und mehr in die Friedensförderung und in eine soziale Schweiz investiert würde.

ATOMWAFFEN ENDLICH VERBIETEN

Die SP will eine Welt ohne Atomwaffen. Der Einsatz dieser ultimativen Vernichtungswaffen könnte Milliarden von Todesopfern fordern. Nur ein Verbot von Atomwaffen kann uns vor diesem Alptraum bewahren. Der von der UNO initiierte Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) verfolgt genau dieses Ziel: eine Welt ohne Atomwaffen. Während immer mehr Länder diesen Vertrag unterzeichnen, verweigert der Bundesrat bisher seine Unterschrift, obwohl sich das Parlament für die Ratifizierung ausgesprochen hat. Mit der Atomwaffenverbots-Initiative sorgen wir dafür, dass der Bundesrat den Vertrag endlich unterzeichnet und damit ein Zeichen des Friedens in einer Zeit voller Kriege setzt.

Keine risikoreichen Atomexperimente!

Trotz klarer Ablehnung neuer Atomreaktoren durch die Stimmbevölkerung im Mai 2017 soll im Aargau, am Paul Scherrer Institut PSI, ein neues Reaktormodell (Onion Core Reactor) getestet werden – mit unklaren Sicherheitsvorkehrungen und ungewissen Risiken (auch finanzieller Art). Wir fordern unsere kantonalen Regierungen auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen.



Lisa Mathys,
Grossrätin SP Basel-Stadt



Thomas Noack,
Landrat SP Baselland

Die Schweiz hat bereits einen Unfall erlebt: 1969 kam es im Versuchsreaktor von Lucens zu einer Kernschmelze. Der Vorfall zeigte die Gefahren unzureichender Sicherheitsvorkehrungen auf und hatte enorme Kosten für die Allgemeinheit zur Folge. Neben den hohen Risiken, die mit jeder Nukleartechnologie einhergehen, scheint auch ein rentabler Betrieb des am PSI geplanten «Reaktors der Zukunft» aufgrund der immensen Investitionskosten selbst nach erfolgreichen Tests völlig unrealistisch zu sein. In Ländern wie Dänemark erhält diese Art Reaktor wegen des Gefährdungspotenzials keine Zulassung.

Der Einsatz von flüssigem Brennstoff unterscheidet den Testreaktor von früheren

Technologien mit Brennstäben. So ist zwar keine Kernschmelze mehr möglich, aber risikofrei ist dieser Test dennoch nicht! Die hohe Korrosivität des Salzgemischs stellt eine technische Herausforderung dar. Ein Leck im Reaktorsystem könnte beispielsweise zu einer unkontrollierten Freisetzung radioaktiver Substanzen führen. Zudem fehlen viele sicherheitstechnische Prüfungen, die für grössere Atomkraftwerke vorgeschrieben sind.

ENSI tappt im Dunkeln

Besonders bedenklich ist die regulatorische Situation: Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) selbst gibt zu, dass es kaum Erfahrung mit dieser Art von Reaktoren hat. Schon ein Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde aus dem Jahr 2021 kritisierte die mangelnde Kontrolle von Kleinreaktoren durch das ENSI. Dennoch wird das Projekt vorangetrieben – ohne dass klar ist, ob das Aufsichtsgremium überhaupt über die nötige Expertise verfügt.

Hinzu kommt, dass Copenhagen Atomics offen zugibt, auf «aufwändige Sicher-

heidsdokumentationen» zu verzichten. Damit werden die Kosten für Prüfungen und Risikoanalysen auf die öffentliche Hand in der Schweiz abgewälzt. Gleichzeitig gibt es kaum Transparenz über die Lagerung und Entsorgung der radioaktiven Abfälle, die anfallen.

Zentrales Interesse unserer Region

Für die Region Basel, wenige Kilometer vom PSI entfernt, sind diese Entwicklungen besonders alarmierend. Laut den Kantonsverfassungen sind die beiden Regierungen verpflichtet, sich gegen neue Atomkraftwerke in der Nähe zur Wehr zu setzen. Doch wie entschlossen werden Basel-Stadt und Baselland handeln? Wir fordern die Regierungen auf, sich klar zu positionieren! Auf nationaler Ebene stellt unsere Nationalrätin Sarah Wyss die relevanten finanzpolitischen Fragen, birgt doch dieser Atomreaktor-Testbetrieb ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko für unser ganzes Land.

Fazit: Keine Experimente mit der Sicherheit

Die Energiewende braucht nachhaltige und sichere Lösungen und entschlossene Investitionen in erneuerbare Energien – nicht fragwürdige Experimente ohne die nötigen Sicherheitsmassnahmen. Unsere Regierungen haben den klaren Auftrag, sich gegen solche Hochrisiko-Experimente zu wehren.



Sicher Velo fahren – jetzt statt irgendwann!

Der Gegenvorschlag zur Initiative «Sichere Velorouten» setzt deren Kernanliegen um, stärkt das Velonetz als Ganzes und ermöglicht eine schnelle Umsetzung.



Jean-Luc Perret, Grossrat

Viele Menschen in Basel wünschen sich eine sichere und gut ausgebaute Veloinfrastruktur. Doch noch immer fühlen sich viele auf dem Velo unsicher – sei es wegen unklarer Verkehrsführungen, fehlender Verbindungen oder gefährlicher Kreuzungen. Die Statistik zeigt: Wer sich aktiv im Verkehr bewegt, hat ein deutlich höheres Unfallrisiko als Personen im Auto oder im Tram. Damit sich mehr Menschen für das Velo entscheiden, braucht es eine sichere und durchgängige Infrastruktur.

Die Initiative «Sichere Velorouten» hat viele wunde Punkte benannt. Sie verweist auf konkrete Stellen, an denen die Veloinfrastruktur sogar verschlechtert wurde, formuliert 24 Forderungen für Verbesserungen und verlangt detaillierte Standards. Dieses Engagement für eine velofreundliche Stadt ist wichtig und notwendig. Die Umsetzung der Initiative würde jedoch über einen langen Gesetzgebungsprozess führen, der greifbare Massnahmen eher verzögern als beschleunigen würde.

Schnell umsetzen statt warten

Hier setzt der Gegenvorschlag an. Er nimmt die Kernanliegen der Initiative auf, überführt

sie in klare gesetzliche Vorgaben und ermöglicht eine schnelle Umsetzung. Anstatt sich auf einzelne Detailforderungen zu konzentrieren, verankert er ein ganzheitliches Velonetz im Umweltschutzgesetz: Neben 40 Kilometern Velovorzugsrouten werden auch Haupt- und Nebenverbindungen sowie Erschliessungsrouten rechtlich gesichert. Dies verbessert das Velonetz nicht nur punktuell, sondern stärkt es als Ganzes.

Die von der Initiative geforderten Qualitätsstandards werden im Gesetz behördenverbindlich festgelegt. Das bedeutet, dass künftige Velowege ausreichend breit, sicher und klar geführt sein müssen. Auch Kreuzungen sollen so gestaltet werden, dass sie für alle Verkehrsteilnehmenden gut überquerbar sind – seien es Kinder, Pendler:innen oder ältere Menschen.

Ein weiterer Vorteil des Gegenvorschlags sind die geplanten Sofortmassnahmen. Mit besseren Signalisationen, gezielten Markierungen oder kleineren baulichen Anpassungen kann die Sicherheit schnell verbessert werden – noch bevor grosse Bauprojekte realisiert sind. Diese Massnahmen sind effizient, kostengünstig und haben sich in anderen Städten bewährt.

Ein Velonetz, das alle verbindet

Die SP-Fraktion im Grossen Rat befürwortete sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag. In der Stichfrage entschied sie sich für den Gegenvorschlag, da dieser eine rasche Umsetzung ermöglicht, eine hohe Qualität

der Infrastruktur sichert und ein Velonetz schafft, das alle verbindet. Die Delegiertenversammlung entscheidet am 20. März über die Parteiparole.

KERNPUNKTE DES GEGENVORSCHLAGS

- Die detaillierten Forderungen der Initiative wurden zusammengefasst und in wenigen Punkten ins Umweltschutzgesetz eingebaut. Dies ermöglicht einen sofortigen Start der Umsetzung.
- Ganzheitlicher Ansatz: Verankerung nicht nur der Vorzugsrouten, sondern des gesamten Netzes inkl. Haupt-, Nebenverbindungen und Erschliessungsrouten.
- Umsetzung von 40 Kilometern Vorzugsrouten innert 10 Jahren und parallel dazu Schliessung von Lücken im Haupt- und Nebenroutennetz bis 2042 – der Frist gemäss Bundesgesetz.
- Sicherung der Qualität: Behördenverbindliche Standards, die garantieren, dass Velowege ausreichend breit und Kreuzungen sicher sind.
- Sofortmassnahmen: Betriebliche und bauliche Verbesserungen verbindlich im Gesetz verankert, wie zum Beispiel bessere Signalisationen oder kleinere Anpassungen an gefährlichen Stellen.
- Insgesamt rund 24 Millionen Franken für die Umsetzung der Massnahmen des Gegenvorschlags.

LINKS SO



Danke für euren Einsatz

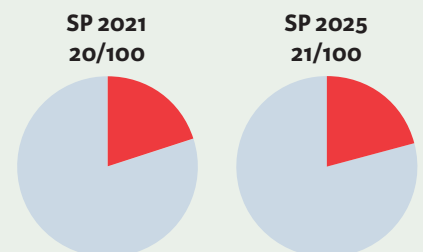
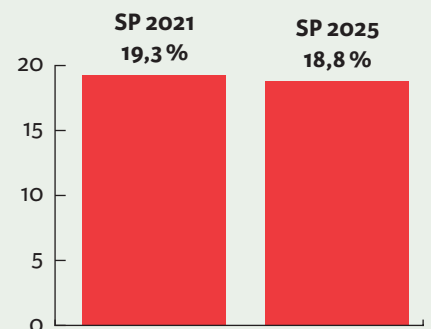
Bei den kantonalen Wahlen vom vergangenen Sonntag hat die SP Solothurn gut abgeschnitten. Zum starken Resultat bei den Regierungsratswahlen kommt ein Sitzgewinn im Kantonsrat hinzu.

Susanne Schaffner und Mathias Stricker erreichten im ersten Wahlgang mit Platz 2 beziehungsweise Platz 5 ein sehr gutes Resultat. Eine starke sozialdemokratische Vertretung in der Regierung liegt im Bereich des Möglichen. Nun gilt es, im Hinblick auf den zweiten Wahlgang am 13. April nochmals mit voller Kraft zu mobilisieren.

SP als zweite Gewinnerin im Parlament

Bei den Kantonsratswahlen haben wir insgesamt zwar Wähleranteile eingebüsst, jedoch keine Mandate. Im Amt Solothurn-Lebern konnten wir sogar einen Sitz zulegen und stellen damit neu die zweitstärkste Fraktion. Unser Sitzgewinn ging leider auf Kosten der Grünen. Insgesamt bleibt das linksgrüne Lager also gleich stark.

Bei den kantonalen Wahlen im Aargau und im Wallis wo es dieses Jahr einen starken Rechtsrutsch gab, stagnierte die SP. Wir konnten also mit unserem Einsatz den nationalen Trend brechen! Für uns ist klar, dass wir als stärkste Kraft im linken Lager jetzt im Parlament und in den Gemeinden dem Rechtsrutsch entgegenwirken wollen. Dafür brauchen wir euch alle! Vielen Dank, seid ihr als Mitglieder dabei.



Alle sollen mehr
bezahlen?

NEIN

Am 18. Mai 2025
NEIN zur Abschaffung der
Liegenschaftensteuer

Thurgauer NEIN Komitee

Geschenke an Unternehmen auf Kosten von Mieterinnen und Mietern?

Thurgauerinnen und Thurgauern droht der nächste neoliberale Kahlschlag: Mit der Abschaffung der Liegenschaftensteuer sollen ausserkantonale Unternehmen auf Kosten der Thurgauer Bevölkerung entlastet werden. Kanton und Gemeinden würden gezwungenermassen weniger Geld für Vereine, Kultur oder wohltätige Zwecke einsetzen. Unterstütze unseren Wahlkampf für ein Nein zur Abschaffung der Liegenschaftensteuer am 18. Mai! Yves Müller, Parteisekretär

Die bürgerlichen Parteien im Kanton Thurgau wollen die Liegenschaftensteuer abschaffen, mit der natürliche und juristische Personen zur Abgabe von 0,5 Promille des Verkehrswertes ihrer Liegenschaft verpflichtet sind. Aus der Abschaffung ergäben sich Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden von über 34 Millionen Franken.

Höhere Steuern für alle?

Der grösste Teil der Erträge aus dieser Steuer fliesst in die Gemeinden. Fallen die Einnahmen weg, müssten die Gemeindesteuerfüsse um mindestens zwei bis vier Prozent erhöht werden. Expert:innen schätzen, dass so auch Einfamilienhaus-Besitzende mehr draufzahlen würden, als sie durch die Abschaffung der Liegenschaftensteuer einsparen.

Sollten aber die Steuererhöhungen in den Gemeindeversammlungen scheitern, wären die Gemeinden gezwungen, Sparmassnahmen zu ergreifen, die zu einem Dienst-

leistungsabbau zum Beispiel im Sport- und Kulturbereich führen. Weiter fehlten den Gemeinden entscheidende Einnahmen, um neue Projekte zu finanzieren.

14 Millionen Franken würde der Schaden für den Kanton ausmachen, welcher schon im letzten Herbst ein Defizit von rund 100 Millionen kommunizierte. Der Grosse Rat strich daraufhin das Budget wahllos zusammen, wovon auch Kantonsstellen im Amt für Umwelt oder Unterstützungsbeiträge für Organisationen wie Pro Infirmis oder die Freiwilligenarbeit betroffen sind. Letztendlich müssten also fast alle Thurgauer:innen tiefer in die Tasche greifen.

Ausserkantonale Unternehmen belohnen?

Dazu kommt, dass der Grossteil der Einnahmen aus der Liegenschaftensteuer von Unternehmen und sehr vermögenden Personen stammt. Viele haben ihren Steuersitz nicht einmal im Thurgau. Das Thurgauer Steuer-

amt schätzt, dass mehr als zehn Millionen Franken von ausserhalb des Kantons Thurgau kommen. Auch diese Einbussen müssten die Thurgauerinnen und Thurgauer kompensieren.

Unterstütze den Wahlkampf mit einem Plakat oder auf der Strasse

Die Fraktionen der SP und der GRÜNEN Thurgau wehren sich gemeinsam gegen die asoziale Steuerpolitik. Wir werden mit Flyer-Aktionen und Plakaten präsent sein. Mit dem untenstehenden QR-Code kannst du dich direkt für eine Aktion melden. Wir danken dir für die Unterstützung!

UNTERSTÜTZE JETZT DIE KAMPAGNE ZU DEN LIEGENSCHAFTENSTEUERN

Du möchtest bei einer Flyer-Aktion dabei sein? Du hast in deinem Garten oder auf dem Balkon Platz für ein Liegenschaftensteuer-Plakat? Melde dich über den QR-Code.





Jasmin Bärtschi und Max Kranich wollen die SP queer gemeinsam in die Zukunft führen.

«Ohne Hoffnung gibt es keine bessere Zukunft»

Die queere Bewegung steht seit dem Rechtsrutsch massiv unter Druck. Max Kranich und Jasmin Bärtschi erklären, weshalb Rechtspopulisten und Neofaschist:innen weltweit besonders queere Menschen attackieren – und was das mit den Betroffenen macht. Die beiden stellen sich fürs Co-Präsidium der SP queer zur Verfügung, das am 15. März neu gewählt wird. Interview von Pia Wildberger

Die queere Bewegung steht weltweit besonders durch den Rechtsrutsch unter Druck. Wie wirkt sich das konkret auf queere Menschen in der Schweiz aus?

Max Kranich: Wir sehen, dass Gewalt gegen queere Menschen zunimmt – sowohl online als auch offline. Zudem verbreiten rechte Strömungen gezielt Desinformation über unsere Community. Dadurch entstehen falsche Vorstellungen, die wir immer wieder korrigieren müssen. Auch ein allgemeines Gefühl von Unsicherheit nimmt zu. Viele meiden Orte, die früher sicher waren, und Organisationen müssen sich plötzlich fragen, ob sie Security für Veranstaltungen brauchen.

Jasmin Bärtschi: Ich sehe in meinem Umfeld, dass queere Menschen psychisch stark belastet sind. Die Angst, errungene Sicherheiten zu verlieren, ist real. Wir erleben es in den USA, wo Geschlechtseinträge von trans Personen auf Dokumenten einfach wieder

rückgängig gemacht wurden. Allein der Umstand, dass wir ständig darüber nachdenken, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf Europa haben werden, bindet viele Ressourcen. Und neue realpolitische Erfolge rücken in weite Ferne.

Was sind die grössten Herausforderungen für die queere Community in der Schweiz?

Jasmin Bärtschi: Die Finanzierung queerer Angebote. In vielen europäischen Ländern gibt es staatlich finanzierte Beratungsstellen, Schutzplätze oder Regenbogenhäuser. In der Schweiz wird fast alles durch Spenden und freiwillige Arbeit aufrechterhalten. Das ist nicht nachhaltig.

Max Kranich: Und selbstverständlich der angesprochene rechte Backlash. Wir sehen, dass anti-woke Rhetorik in gewissen Medien übernommen wird. Der Diskurs verschiebt

► Fortsetzung auf Seite 14

SP QUEER WÄHLT NEUES PRÄSIDIUM

Am 15. März wählen die Delegierten der SP queer – das jüngste Organ der SP – ein neues Co-Präsidium. Zur Wahl stellen sich Max Kranich, bisher, und Jasmin Bärtschi, neu. Die SP queer wurde vor zwei Jahren gegründet mit dem Ziel, den Anliegen und Forderungen der queeren Community mehr Gewicht und Sichtbarkeit zu verleihen. Alle SP-Mitglieder können bei SP queer Mitglied werden – queere Menschen, aber auch deren Freund:innen, Unterstützer:innen und Angehörige, denen die Forderungen der queeren Community ein Anliegen sind. Derzeit zählt die SP queer rund 1300 Mitglieder.

www.spqueer.ch

sich, sodass es plötzlich legitim scheint, die Rechte von trans Personen infrage zu stellen. Das ist brandgefährlich und zeigt sich in den steigenden Zahlen der Gewalttaten gegen queere Personen.

Warum ist das binäre Geschlechtermodell, das nur Frau und Mann kennt, für die Rechte so wichtig?

Jasmin Bärtschi: Weil es mit dem Patriarchat verknüpft ist. Wenn Geschlechterrollen aufgebrochen werden, wird auch die traditionelle Vorstellung von Familie und Gesellschaft hinterfragt. Herkömmliche Vorstellungen von Geschlecht sind eng mit Hierarchien zwischen Mann und Frau verbunden. Wenn sich Personen nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde – zum Beispiel trans Personen – stellt dies auch diese Hierarchie und das entsprechende Rollenverständnis in Frage. Deshalb sehen wir, dass Parteien wie die SVP oder AfD gezielt gegen non-binäre und trans Personen hetzen.

Die Rechte stellt Forderungen nach allgemeinem Gender und drei WCs als «Woke-Gaga» dar.

Max Kranich: Wir kennen alle seit Jahrzehnten die geschlechtsneutralen WC in den SBB-Zügen ... Es ist einfacher, gewisse Anliegen ins Lächerliche zu ziehen, als unsere grundsätzliche Forderung nach Sicherheit für queere Menschen ernst zu nehmen.

Welche Schwerpunkte setzt ihr als künftiges Co-Präsidium der SP queer?

Max Kranich: Widerstand gegen den rechten Backlash ist zentral. Wir wollen Hoffnung schaffen, denn ohne Hoffnung gibt es keinen politischen Aktivismus und keine bessere Zukunft.

Jasmin Bärtschi: Zudem setzen wir uns für die rechtliche Anerkennung non-binärer Personen ein. Momentan gibt es keinen passenden Geschlechtseintrag für sie. Hier müssen wir eine Lösung finden, die der Lebensrealität non-binärer Menschen gerecht wird, aber den Staat nicht geschlechterblind macht. Die Bürgerlichen warten nur darauf, Gesetze wieder abzuschaffen, die von Feminist:innen für Frauen erkämpft worden sind. Wir sehen das beispielsweise am bürgerlichen Widerstand gegen bezahlbare Kita-Plätze oder daran, dass regelmässig Initiativen gegen das Recht auf Abtreibung lanciert werden. Wir sehen den Bundesrat hier in der Pflicht, Fakten und rechtlich Sicherheit für alle zu schaffen, ohne dabei unterschiedliche Personengruppen gegeneinander auszuspielen.

Welche queerpolitischen Themen sind aktuell in der SP besonders präsent?

Max Kranich: Die SP queer und die SP engagieren sich stark für die queere Community.

In Zürich haben sie beispielsweise erfolgreich gegen die Anti-Genderstern-Initiative gekämpft.

Jasmin Bärtschi: Auch Gesundheitspolitik ist wichtig. Die medizinische Versorgung von trans Personen muss verbessert werden. Hier gibt es noch viel zu tun.

Warum braucht es überhaupt eine SP queer innerhalb der SP?

Jasmin Bärtschi: Obwohl die Ursachen für die Diskriminierung queerer Personen ähnlich sind wie bei anderen Minderheiten, ist die Erfahrung sehr spezifisch. Wir finden es wichtig, Minderheiten eine Plattform zu bieten, um über diese Diskriminierungen und auch mögliche Lösungsvorschläge zu diskutieren. Denn nur wenn diese Erfahrungen geteilt werden, sprechen wir auch über mögliche Lösungen.

Max Kranich: Und weil eine solidarische Gesellschaft nur dann funktioniert, wenn wir alle mitdenken – uns queere Menschen eingeschlossen.

Was hat euch persönlich motiviert, euch zu engagieren?

Max Kranich: Ich habe erlebt, wie viel wir bewegen können, wenn wir organisiert sind. Und ich will daran mitarbeiten, dass die SP ein Ort ist, wo sich möglichst viele Leute organisieren, und dazu gehören selbstverständlich auch die Queers.

Jasmin Bärtschi: Ich will, dass sich alle queeren Menschen in der SP queer aufgehoben fühlen. Dass wir uns gegenseitig unterstützen und füreinander sorgen. Queere Fragen sind auch sozialdemokratische Fragen.

Könnt ihr das etwas ausführen?

Jasmin Bärtschi: Weil sie direkt mit sozialer Gerechtigkeit zusammenhängen. Queere Menschen sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen, haben erschwerten Zugang zu Wohnraum oder Gesundheitsversorgung und sind häufiger in prekarierten Arbeitsverhältnissen. Eine sozialdemokratische Politik, die sich für soziale Absicherung, faire Löhne und bezahlbaren Wohnraum einsetzt, hilft also ganz direkt auch der queeren Community.

Max Kranich: Zudem stehen queere Rechte immer im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Fortschritt. Die SP war schon immer die Partei des Fortschritts und der sozialen Inklusion. Queere Menschen fordern nicht nur gleiche Rechte, sondern auch strukturelle Veränderungen, die allen zugutekommen – etwa in der Familienpolitik oder im Arbeitsrecht. Eine Gesellschaft, die Minderheiten einbindet, ist insgesamt gerechter und stabiler. Deshalb gehört queere Politik zur sozialdemokratischen DNA.

Gemeinsam für Respekt und Sicherheit

Es dürfte nicht vorkommen – und ist dennoch, wenn auch selten, Teil der Realität: Diskriminierung innerhalb der SP. Das «Netzwerk Vertrauenspersonen» bietet Betroffenen Unterstützung. Gina La Mantia

Als Mitglied der SP ist mir eines besonders wichtig: der respektvolle Umgang miteinander, frei von Diskriminierung und Belästigung. Leider ist das in unserer Gesellschaft immer noch nicht selbstverständlich – und auch in der Partei sind wir nicht gefeit vor Diskriminierung. Genau deshalb gibt es das «Netzwerk Vertrauenspersonen».

Dieses Netzwerk bietet eine Anlaufstelle für alle, die innerhalb der SP Diskriminierung oder sexuelle Belästigung erleben – niemand soll mit solchen Erfahrungen alleine bleiben. Ob sexistische oder rassistische Bemerkungen, unerwünschte Annäherungen oder andere Formen von Belästigung und Diskriminierung: Die Vertrauenspersonen hören zu, nehmen Anliegen ernst und bieten Unterstützung an – auf Deutsch, Französisch oder Italienisch, immer absolut vertraulich. Bei Bedarf kann auch fachliche Unterstützung vermittelt werden.

Vielfältige Zusammensetzung

Besonders wichtig ist die Zusammensetzung des Netzwerks. Die Vertrauenspersonen gehören unterschiedlichen Geschlechtern, Altersgruppen und Sprachregionen an. Sie stehen für Offenheit und Sensibilität und werden professionell geschult und in ihrer Rolle unterstützt.

Das Netzwerk reagiert nicht nur auf konkrete Vorfälle, sondern setzt auch ein Signal: Diskriminierung und sexuelle Belästigung haben in unserer Partei keinen Platz. Es zeigt, wie ernst die SP das Thema nimmt. Das Netzwerk gibt uns die Möglichkeit, unsere Werte zu stärken und glaubwürdig zu vertreten.

Wir alle tragen Verantwortung für eine Kultur des Respekts und der Gleichstellung – nicht nur in der Gesellschaft, sondern gerade auch in unseren eigenen Reihen. Dieses Engagement ist Teil dessen, wofür die SP steht: Ein Leben in Würde und Freiheit, für alle Menschen.



Viel Arbeit, wenig Geld, keine Rechte: Textilarbeiter:innen in Pakistan, die zuhause arbeiten.

Konzernverantwortung: Mehr Schutz für Textilarbeiter:innen

Nur wenn die europäischen Gesetze zur Unternehmensverantwortung in den Ländern des Südens bekannt sind, können sie von gewerkschaftlichen Aktivist:innen genutzt werden. Der Solifonds, die von der SP unterstützte Organisation der internationalen Solidarität, widmet sich mit seiner Aktion zum 1. Mai genau dieser Aufklärungsarbeit. Yvonne Zimmermann, Solifonds

In der Schweiz wird demnächst die neue Konzernverantwortungsinitiative eingereicht. Arbeiter:innen in Pakistan bereiten sich derweil darauf vor, das bestehende deutsche Lieferkettengesetz und die europäische Lieferkettenrichtlinie zu nutzen, um gegen Verletzungen von Arbeitsrechten vorzugehen. «Für uns im globalen Süden sind solche Gesetze sehr wichtig», sagen Nasir Mansoor vom pakistanischen Gewerkschaftsbund und Zehra Khan vom Verband der Heimarbeiter:innengewerkschaften.

In Pakistan stellen Millionen Arbeiter:innen unter schwierigsten Bedingungen Kleider für europäische Unternehmen her. 95 Prozent von ihnen haben keinen Arbeitsvertrag. Vor allem die Löhne von Frauen liegen systematisch unter den gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen. Dank der Konzernverantwortungsgesetze in Europa, wo viele Textil-

unternehmen ihren Sitz haben, können die Gewerkschaften Druck ausüben, damit die Arbeiter:innen einen Arbeitsvertrag sowie den ihnen zustehenden Lohn erhalten und sich gewerkschaftlich organisieren können.

Bittere Erfahrung

Die Gewerkschafter Nasir Mansoor und Zehra Khan wissen aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, wenn Opfer von Menschenrechtsverletzungen nicht gegen die verantwortlichen Unternehmen vorgehen können. Bei einem Fabrikbrand von Ali Enterprises starben 2012 über 260 Arbeiter:innen. Eine Vereinigung von Überlebenden und Hinterbliebenen klagte gegen den deutschen Textildiscounter KiK, den einzigen Auftraggeber der Textilfabrik. Das Verfahren wurde jedoch wegen Verjährung eingestellt.

«Es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit die Opfer die verantwortlichen Unternehmen vor Gericht bringen können», sagt Nasir Mansoor. Zwar gehen die bestehenden Gesetze weniger weit, als sich die Gewerkschaften wünschen, denn sie decken nur grössere Fabriken ab und Heimarbeiter:innen fallen nicht darunter. Dennoch sind sie ein wichtiges Instrument im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen.

Wissen ist Macht

Damit die Arbeiter:innen ihre Rechte kennen und diese auch einfordern können, führen die beiden Gewerkschaften Trainings in exportorientierten Textilfabriken durch. Der Solifonds widmet die Unterstützungsaktion zum 1. Mai dieser Bildungsarbeit. Nur wenn die europäischen Gesetze zur Unternehmensverantwortung in den Ländern des Südens bekannt sind, können sie auch genutzt werden. «Internationale Solidarität ist zentral für unsere Arbeit, damit wir bei Arbeitsrechtsverletzungen gemeinsam gegen Unternehmen vorgehen können», sagt Zehra Khan.

Essen, das die Seele wärmt



SP-Mitglied Kevin Nussbaum kocht nicht nur selbst fantastisch, er bildet auch den Nachwuchs aus, der uns eines Tages bekochen wird. Wo setzt er die Schwerpunkte für eine klimafreundliche Küche? Pia Wildberger

Chefkoch Kevin Nussbaum ist Gärtner, Jäger und Sammler in einem. Das Gemüse holt er Zuerst aus dem Schrebergarten, die Pilze aus dem Wald und den Fisch aus dem Bach. Fleisch kommt selten auf den Tisch, und wenn, dann aus der Tiefkühltruhe, wo er eine halbe Sau «direkt vom Bauernhof» eingefroren hat. Noch lieber bezieht er Fleisch vom Jagdkollegen, der im nahen Forst Wildschweine oder Hirsche erlegt.

Was macht Ernährung klimafreundlich? Für Kevin Nussbaum ist klar: «In erster Linie sollten wir die Zutaten saisonal wählen und wenig Fleisch essen.» Und wenn doch Fleisch aufgetischt wird: «Dann essen wir alles – von «nose to tail.» Wichtig ist ihm auch, keine Reste zu produzieren. Und wenn zu viel im Topf ist, es am nächsten Tag aufzubrauchen.

Aus den saisonalen und regionalen Zutaten kocht er am liebsten «Soulfood» – herz-wärmende Gerichte für die Seele, die glücklich machen. Die Familie seiner Frau stammt aus Westafrika. Von seiner Schwiegermutter hat er das Rezept erhalten, das er

der Links-Redaktion verrät: köstliche Kürbis-Yassa – eine Art Nationalgericht mit mariniertem Gemüse und Fleisch nach Wahl. Das Gemüse zum Nachkochen kann man sogar auf dem Balkon anbauen – und das Fleisch auch weglassen.

Von der Feuerwehr zum Umweltschutz

Beruflich engagiert sich der Familienvater als Ausbilder für Jugendliche «mit Ecken und Kanten», also junge Menschen, denen nicht alles in den Schoss fällt. «Die Arbeit mit Jugendlichen ist eine enorme Bereicherung.» Zudem nimmt er im Kanton Zug als Experte die Lehrabschlussprüfungen der angehenden Köch:innen ab.

Eine soziale Grundhaltung ist Kevin Nussbaum wichtig, sei es in der Familienpolitik oder im Asylwesen. «Ich bin wegen der politischen Ausrichtung in die SP eingetreten», sagt er, der bei den letzten Kantonsratswahlen noch für die GLP kandidierte und beinahe gewählt worden wäre. «Mir gefällt besonders, dass die SP vorwärtsmacht und bei den Leuten ist.» Das trifft auch auf Kevin Nussbaum

zu: Er ist nicht nur leidenschaftlicher Fischer und interessiert sich sehr für die Natur, sondern engagiert sich auch seit vielen Jahren bei der Feuerwehr. Kann er sich vorstellen, für die SP in den Ring zu steigen? «Mal sehen – 2026 sind wieder Wahlen», sagt Kevin Nussbaum.

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Kürbis-Yassa mit gebratenem Gemüse

Rezept für 4 Personen

Zutaten

- 1 kg Kürbis, in Streifen geschnitten
- 1 TL Harissa (optional)
- 4 Zwiebeln, in feine Streifen geschnitten
- 2 Knoblauchzehen, klein gehackt
- 2 EL groben Senf
- 1 Zitrone, Saft und Zesten
- 1 TL Ingwer, frisch gerieben oder Ingwerpulver
- 4 EL Olivenöl
- 2 Lorbeerblätter
- 1 Bund frische Petersilie, gehackt
- Salz und Pfeffer nach Belieben

Zubereitung

1. Marinade vorbereiten
Den Kürbis schälen, halbieren und in 1 cm dicke Scheiben schneiden. In einer grossen Schüssel Senf, Zitronensaft, Zesten, Salz, Pfeffer, Knoblauch, Ingwer, Zwiebeln und Kürbisscheiben vermischen. Die Mischung mindestens 1 Stunde oder über Nacht im Kühlschrank marinieren. Danach den Kürbis aus der Marinade nehmen und beiseite stellen.
2. Zwiebelsauce kochen
In einer beschichteten Pfanne 2 EL Olivenöl erhitzen. Die Marinade 2 Minuten anschwitzen, bis die Zwiebeln glasig sind. Lorbeerblätter und gehackte Petersilie hinzufügen und umrühren. Mit einem Schuss Wasser aufgiessen und zugedeckt 10–15 Minuten köcheln lassen, bis die Zwiebeln weich sind.
3. Kürbis braten
In einer zweiten Pfanne 1 EL Olivenöl erhitzen. Die Kürbistreifen (optional mit Harissa gewürzt) im nicht zu heissen Öl 10 Minuten unter ständigem Wenden anbraten, bis sie ohne zu zerfallen – leicht angebräunt sind.
5. Fertigstellung
Den angebratenen Kürbis längs auf dem Teller anrichten und die Sauce darüber geben. Nach Belieben würzen. Idealerweise mit weissem Reis servieren.



«Die Heldin» von Petra Volpe mit einer fantastischen Leonie Benesch in der Hauptrolle ist zurzeit in den Deutschschweizer Kinos zu sehen.

Die Pflegeinitiative muss endlich umgesetzt werden

Der Schweizer Film «Die Heldin» zeigt deutlich, wo es in der Pflege auch nach Annahme der Pflegeinitiative hapert – und das auf spannende und packende Weise. Eine Empfehlung. Pia Wildberger

Der Alltag im Kantonsspital kommt als Actionfilm daher: Das Publikum verbringt mit Pflegefachfrau Floria Lind einen Tag auf einer chirurgischen Station – und erlebt dabei, wie die Pflegerin von einer Patient:in zur nächsten hetzt, mit Hingabe und Professionalität ihr Bestes gibt – und doch weder den eigenen Ansprüchen noch jenen der Patient:innen gerecht werden kann. Wir sind dabei, wenn Floria Lind in einem Kraftakt einen Patienten umlagert, einer Krebskranke eine Infusion legt oder eine verstorbene Patientin in den Kühlraum schiebt – alles in rasanter Abfolge, packend und emotional.

Aktuelle Forderungen aus der Pflegeinitiative

Wer im Kinosaal sitzt und nicht vom Fach ist, fragt sich unweigerlich: Entspricht das der Realität, ist das der ganz normale Wahnsinn? «Der Film zeigt den Alltag ungeschönt», sagt die Solothurner SP-Nationalrätin Farah Romy, die seit 17 Jahren in der Pflege arbeitet und auch an der Berufsschule unterrichtet. «Die massive Arbeitsbelastung und der akute Personalmangel sind das direkte Ergebnis jahrelanger politischer Vernachlässigung.» Kein Wunder, steigen viele aus dem Beruf aus, weil die Belastung zu hoch ist. «Es braucht jetzt Massnahmen, um die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern – alles an-

dere gefährdet die Versorgungssicherheit und letztlich das gesamte Gesundheitssystem.»

Hat sich denn seit der Annahme der Pflegeinitiative im Jahr 2021 nichts getan? Der Bundesrat beschloss, die Initiative in zwei Etappen umzusetzen. Die erste umfasste eine Ausbildungs offensive und trat 2024 in Kraft. Die Auswirkungen werden sich erst später zeigen. Schon heute ist klar: Bis zum Jahr 2030 werden in der Schweiz rund 30 000 Pflegefachleute fehlen.

Die zweite Etappe wird voraussichtlich im Frühsommer 2025 vom Bundesrat verabschiedet und geht dann in die Kommissionen und ins Parlament. «Der Film zeigt eindrücklich, wofür wir in der Politik sorgen müssen: Dass genügend Personal da ist», sagt Barbara Gysi, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Gesundheitskommission. «In der zweiten Etappe braucht es zwingend Vorgaben, um solche Belastungsspitzen zu verhindern. Dazu gehören Regelungen zur bedarfsgerechten Personaldotation.»

Denn für die Genesung von Patient:innen, das wird im Film klar, ist eine gute Pflege unabdingbar. Nicht nur die Infusion, sondern auch das aufmunternde Wort und der Austausch unter Pflegefachleuten müssen ihren Platz im Alltag haben, wenn Patient:innen rasch wieder auf den Beinen sein sollen.



Fragen an **Daniele Dalle Carbonare**

33, Lehrer aus Bern

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Ich habe schon länger mit dem Gedanken gespielt, einer Partei beizutreten, und die SP ist die einzige, die für mich in Frage kommt. Es wird oft vergessen, wie gut es uns eigentlich geht. Die Menschen waren noch nie so gesund und wurden noch nie so alt. Die Kindersterblichkeit und die extreme Armut waren noch nie so tief. Gleichzeitig wird vielerorts eine antidemokratische Agenda verfolgt – ob in den USA, Israel, Russland oder im Sudan. Das ist besorgniserregend. Deshalb ist es wichtig, dass die SP eine fundierte Meinung zu wichtigen Themen hat und sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzt.

2. Was möchtest du verändern?

Ich finde, dass jeder Schritt, der die Welt fairer, transparenter und gerechter macht, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Besonders wichtig finde ich den Kampf gegen Fake News und populistische, inhaltsleere Politik, wo die Rechten seit einigen Jahren einfach laut schreien und wir mit aller Kraft dagegenhalten müssen.

3. Kannst du dir vorstellen, aktiv mitzumachen?

Ich bin in der Berner Sektion Kirchenfeld-Altstadt und werde im Vorstand schnuppern. Gleichzeitig habe ich einen kleinen Sohn, studiere als Quereinsteiger an der Pädagogischen Hochschule, unterrichte an der Sekundarschule ... mein Tag ist voll. Ich muss mir erst einen Überblick verschaffen, wie ich mich sinnvoll engagieren kann. Ich kann mir gut vorstellen, in einer Kommission mitzuarbeiten, vor allem in Bereichen, in denen ich Fachwissen mitbringe. Aber Lehrer:innen gibt es in der SP genug.

4. Was hast du vor dem Studium gemacht?

Ich habe eine Lehre als Landschaftsgärtner gemacht, einige Jahre in diesem Beruf gearbeitet und mich auf Baumschnitt spezialisiert. Aus gesundheitlichen Gründen musste ich umsatteln. Jetzt unterrichte ich an der Oberstufe als Klassenlehrer unter anderem Geografie und Geschichte.

5. Wie erlebst du Politik in deinem Beruf?

Politik ist in der Schule allgegenwärtig – sei es in der Medienkompetenz oder im Fach Politische Bildung. Fake News sind eine grosse Herausforderung, weil viele Jugendliche erst in der Schule lernen, Informationen kritisch zu hinterfragen. Gleichzeitig sind viele sehr interessiert an aktuellen Themen, gerade wenn sie einen Migrationshintergrund und damit einen persönlichen Bezug haben, zum Beispiel zu den Entwicklungen im Nahen Osten. Ich versuche, sie dabei zu unterstützen, verschiedene Perspektiven zu betrachten und sich eine fundierte Meinung zu bilden.

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG

Weil es Recht ist

Marcel Hänggi, Journalist und Initiator der Gletscher-Initiative, analysiert in seinem neuesten Buch «Weil es Recht ist» die Schweizer Bundesverfassung mit Blick auf ökologische Aspekte. Angesichts der multiplen Umweltkrisen plädiert er für eine grundlegende Revision.

«Die Bundesverfassung ist, wenn es um den Schutz der Umwelt geht, sehr gut», sagt der Autor. Die Erhaltung der Lebensgrundlagen ist bereits als Zweck der Eidgenossenschaft in der Verfassung verankert. Doch werden im politischen Alltag allzu oft Entscheidungen getroffen, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen.

Klug und spannend

Hänggi argumentiert, dass es nicht mehr ausreicht, Umweltschäden zu verhindern. Vielmehr müsse der Fokus auf der Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme liegen. Er schlägt konkrete Änderungen vor, die die Verfassung zukunftstauglich machen sollen, und zieht dabei Vergleiche mit internationalen Ansätzen. So empfiehlt er beispielsweise einen neuen Verfassungsartikel zur «Globalen Verantwortung», in dem die Schweiz auch für die Folgen ihres Handelns ausserhalb des Landes Verantwortung übernimmt. Ebenso schlägt er die Einführung eines «Rechts auf Leben in einer gesunden Umwelt» vor, ähnlich wie es bereits in der Genfer Kantonsverfassung verankert ist.

Hänggi zeigt auf, wie die Grundlagen der Demokratie neu gedacht werden können, um sie zukunftsfähig zu machen. Das Besondere daran: Trotz der trockenen, komplexen Materie ist das Buch auch für juristische Laien verständlich und lebendig geschrieben. Es richtet sich daher an alle, die sich für Umwelt- und Demokratiepoltik interessieren, und bietet neue Perspektiven auf die Verbindungen zwischen Recht und Ökologie.

Pia Wildberger



Marcel Hänggi
**Weil es
Recht ist**
Rotpunkt-
verlag, 2024.
Erhältlich
in deiner
Lieblingsbuch-
handlung oder
online.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Kolleg:innen in schwierigen Situationen beraten

Kurs Nr. D1.7.2513

8.–9. Mai 2025 in Kappel a. A.

Wie können Personalvertretungen Kolleg:innen unterstützen, die gemobbt oder benachteiligt werden? Wie verhindern sie, dass falsches Eingreifen das Problem noch verschärft? Der Kurs vermittelt rechtliche Grundlagen und korrektes Vorgehen im Konfliktfall.

Erfolgreich verhandeln

Kurs Nr. D1.8.2506

19.–20. Mai 2025 in Männedorf

Wie verhandeln wir erfolgreich? Wie bereiten wir eine Verhandlung strategisch vor? Wie meistern wir schwierige Situationen? Wie gehen wir mit hartnäckigen Verhandlungspartner:innen um? Dieser Kurs für Mitglieder von Personalvertretungen gibt viele Inputs für erfolgreiches Verhandeln und bietet den Teilnehmenden

die Möglichkeit, Techniken und Methoden in Rollenspielen zu vertiefen.

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung

Kurs Nr. D2.1.2504

16.–17. Juni 2025 in Balsthal

Wie sind die Gewerkschaften in der Schweiz stark geworden? Mit welchen Problemen hatten sie zu kämpfen? Der Kurs vermittelt einen geschichtlichen Überblick und zeigt, was die Gewerkschaften für soziale Sicherheit und Demokratie in der Schweiz geleistet haben.

Über soziale Medien junge Menschen für gewerkschaftliche Themen gewinnen

Kurs Nr. D1.8.2514

21. Juni 2025 in Zürich

In diesem Workshop denken wir gemeinsam darüber nach, wie wir mit den Möglichkeiten sozialer

Medien (junge) Menschen für gewerkschaftliche Fragen und linke Antworten gewinnen können. Du lernst, wie sich komplexe Themen verständlich vermitteln lassen, und wir überlegen uns, welcher Ansatz zu dir oder deiner Organisation passt. Wenn du Lust auf kurze theoretische Inputs, konkrete Anwendungsbeispiele, Erfahrungsaustausch und den einen oder anderen humoristischen Einschub hast, bist du hier richtig.

Kurs für Mitglieder von Vorsorgekommissionen

Kurs Nr. D1.3.2501

11. September 2025 in Bern

Was müssen Mitglieder von Vorsorgekommissionen für ihre verantwortungsvolle Arbeit wissen? Wo können sie Einfluss nehmen? Was sind die häufigsten Probleme? Dieser Kurs vermittelt Mitgliedern von Vorsorgekommissionen das nötige Hintergrundwissen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 058 218 00 00

AGENDA 2025

SA, 15. MÄRZ

Mitgliederversammlung
SP queer, Basel

FR, 28. MÄRZ

Parteilrat, online

SA, 5. APRIL

Mitgliederversammlung
SP Frauen, Bern

FR, 11. APRIL

Delegiertenversammlung
SP60+, Bern

MI, 30. APRIL

Filmvorführung «Pride» mit
SP queer, Zürich

DO, 1. MAI 2025

Tag der Arbeit

SA, 24. MAI 2025

Mitgliederversammlung
SP Migrant:innen, Bern



Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Stadtrundgänge zur kolonialen Geschichte in Zürich, Luzern und Freiburg

März bis Juni 2025, Zürich, Luzern und Freiburg

Der Kolonialismus hat in der Schweiz Spuren hinterlassen und Schweizer:innen waren daran beteiligt. Auf den Rundgängen besuchen wir Stationen in Zürich, Luzern und Freiburg, wo koloniale Verstrickungen sichtbar werden.

Auf dem Weg zur illiberalen Demokratie?

18. März–10. April 2025, 19.30–21 Uhr, online

In den USA, Europa, Lateinamerika oder Indien: Vielerorts bauen illiberale – teils faschistische – Kräfte an einem autori-

tären Kapitalismus, in dem nur das Recht des Stärkeren (bzw. Reicherer) gilt. In drei Online-Veranstaltungen gehen wir der Frage nach, was die Gründe für den Aufstieg der extremen Rechten sind, welche Ziele und Strategien sie verfolgen und was wir tun müssen, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Mit Veronika Kracher (Publizistin), Cédric Wermuth und Lia Becker.

Wie reduzieren wir unseren Umwelt-Fussabdruck?

Mittwoch, 2. April 2025, 18.30–20 Uhr, Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

Die Schweiz importiert einen grossen Teil ihres CO₂-Fussabdrucks. Sollen wir weniger konsumieren oder nur noch ressourcenschonende Güter einführen? Präsentation und Diskussion zu aktuellen Forschungsergebnissen der Universität Bern. Mit Irmi Seidl (WSL) über das Konzept des Postwachstums sowie mit Astrid Zabel und Elisabeth Bürgi Bonanomi vom Centre for Development and Environ-

ment der Uni Bern. Sie zeigen anhand ihrer Forschung zur neuen EU-Entwaldungsverordnung, was wir tun können.

Europacafé: Europas eigener Weg – Lesung und Diskussion

Donnerstag, 3. April 2025, 19–21 Uhr, Cheesmeyer, Sissach
Einführung in das Buch «Europas eigener Weg» durch Autorin Gret Haller, gefolgt von Diskussion und Gespräch mit Tania Cucé (Co-Präsidentin vpod Region Basel). Welche Bedeutung haben europäische Werte und Identität in einer zunehmend polarisierten Welt?

Europacafé «Mobilität der Zukunft»

Mittwoch, 23. April 2025, 18.30–21 Uhr, Raiffeisen Forum, Bern
Die Zukunft der Mobilität ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Während technologische Innovationen neue Möglichkeiten eröffnen, stehen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor der Aufgabe, nachhaltige, effiziente und sozial gerechte Mobilitätskonzepte zu gestalten.

Wie können wir diesen Wandel steuern? Welche Rolle spielen Elektroautos, der öffentliche Verkehr und neue Mobilitätsformen? Mit Prof. Thomas Sauter-Servaes (Mobilitätsexperte), einer Vertreterin der Klimabewegung und Thomas Rücker (Direktor von auto-schweiz).

«Woke-Mania oder Klassenkampf: Welches System steckt hinter dem Backlash?»

Montag, 19. Mai 2025, 19.30–21 Uhr, Gleis Bar, Zürich
Konservative und Bürgerliche nutzen die Erfolge der progressiven queere feministischen Bewegungen als Sprungbrett für einen erbitterten Kulturkampf und um einen Rechtsrutsch weiter zu befeuern. Mit Franziska Haug (Universität Regensburg) über die Verbindung von Kapitalismuskritik und Queerness, Anna Rosenwasser (Nationalrätin SP) und Tabea Rei (angefragt).

Anmeldung und weitere Informationen: anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen



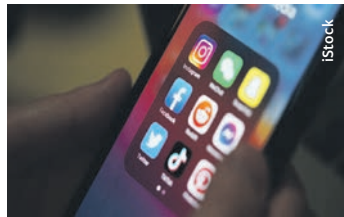
Frontalangriff auf die soziale Schweiz

Neuste wissenschaftliche Erkenntnisse und Antworten

→ **Dienstag, 8. April**
online | 19–20.30 Uhr

Mit **Cédric Wermuth** (Co-Präsident SP Schweiz) und **Tamara Funciello** (Nationalrätin)

Das Kürzungsprogramm von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter und den Bürgerlichen wird uns bei der Kaufkraft, beim Klimaschutz und in der Gleichstellung um Jahre zurückwerfen. Aufgaben und Kosten werden abgewälzt, die Ungleichheit nimmt zu. Welche neoliberalen Ideologien stecken dahinter, wie können wir uns wehren?



Wie Big Tech die Demokratie zerstört

→ **Mittwoch, 9. April**
online | 17.30–19 Uhr

Mit **Min Li Marti** (Nationalrätin), **Adrienne Fichter** (Tech-Journalistin) und **Anna Jobin** (Präsidentin Eidg. Medienkommission)

Die Allianz zwischen Tech-Elite und Trump markiert den Aufstieg eines autoritären Kapitalismus. Ihre Vision: Den vorsorgenden Staat durch private Konzerne ersetzen. Musk nutzt X für rechte Mobilisierung, Bezos schafft die Pressefreiheit ab, das KI-Wettrennen verschärft die Klimakrise. Wie begegnen wir dem autoritären Kapitalismus? Wie lassen sich Big Tech und KI regulieren?



Queer sein und älter werden

Wo liegen die Herausforderungen?

→ **Donnerstag, 24. April,**
19–20.30 Uhr | Volkshaus Zürich

Mit **Simon Stocker** (Ständerat) und **Jenny Schäubli** (Vorstandsmitglied queerAltern)

Wir tauschen uns über die Herausforderungen aus und besprechen Lösungsansätze. Dabei legen wir einen Fokus auf das Älterwerden queerer Menschen und beleuchten konkrete Herausforderungen, wie das Wohnen im Alter, queer-gerechte Pflege und Betreuung oder soziale Netzwerke.



Wie stoppen wir die Gewalt an Frauen?

Was sich gegen Catcalling, Stalking und Femizide tun lässt

→ **Donnerstag, 12. Juni,**
18.30–20 Uhr | Sekretariat der SP Zürich

Mit **Agota Lavoyer**, Expertin für sexualisierte Gewalt

Acht Femizide wurden in den ersten acht Wochen 2025 in der Schweiz verübt. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt gehören hierzulande zum Alltag. Woran liegt das? Und was können wir tun? Im Vorfeld des feministischen Streiks diskutieren wir darüber und lernen das Buch «Jede_Frau» kennen.

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

BILDUNGSANLÄSSE FÜR VORSTÄNDE UND BEHÖRDENMITGLIEDER

Digitale Kommunikation für Gemeinden: Social Media und Apps optimal nutzen

→ **Mittwoch, 7. Mai 2025, online** | 20–21.30 Uhr

Für wen: Exekutivmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden

Mit **Katharina Ali-Oesch** (Vizepräsidentin Thun und Grossrätin Kanton Bern) und **Dimitri Rougy** (Kampagnenfachperson, Co-Geschäftsleiter Büro Albatros)

Wie können wir als Gemeinde die modernen Kanäle für die Kommunikation mit unseren Mitbürger:innen optimal nutzen? Wo können wir uns verbessern, und was ist dabei zu beachten? Wir betrachten ein praktisches Anschauungsbeispiel aus der Stadt Thun, sprechen aber auch über die Möglichkeiten in kleineren Gemeinden mit bescheidenem Budget.

Wahlkampf auf kommunaler Ebene erfolgreich planen und durchführen

Wie können wir uns als Parlamentarier:innen einbringen?

→ **Dienstag, 27. Mai 2025 online** | 19.30–21 Uhr

Für wen: Präsidien und Vorstände von Sektionen

Wahlkämpfe sind eine der zentralsten und wichtigsten Aufgaben unserer Partei. Gut geplant und durchgeführt, können sie die SP nachhaltig stärken. Sie sind aber auch aufwändig und bergen Konfliktpotenzial. Angelehnt an das entsprechende Sektionshandbuch verschaffen wir uns einen Überblick über die wichtigsten Elemente, tauschen Tipps und Tricks aus und überlegen uns, welche Herausforderungen bedacht werden müssen.



Hier kannst du dich für alle Anlässe anmelden:

→ www.sp-ps.ch/sp-bildung